

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ersteia:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbarn-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hierauf Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt

der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 6 Pfg.
Besondere 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Kontinuum 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Heberlein.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 62.

Mittwoch, den 15. März 1911.

28. Jahrg.

Agrar- und Industriepolitik.

Aus Industriellen-Kreisen wird der Heilbr. Ztg. ge-
schrieben:

In den bauerbändlerischen Zeitungen wird so und so oft hervorgehoben, daß unter der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik die Industrie blühe und sie deshalb keinen Grund habe, gegen die Politik des Bundes der Landwirte aufzutreten. Demgegenüber muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Verarbeitungsindustrie, die auf Halbfabrikate u. Rohstoffe aus dem Ausland u. andererseits auf den Export angewiesen ist, seit Einführung des letzten Zolltarifs und der nachfolgenden ungünstigen Handelsverträge ein Absatzgebiet um das andere verloren hat, daß sie fortgesetzt nach neuen Absatzquellen suchen muß und den inneren Markt infolge Ueberproduktion belastet. Daß auch die Textilindustrie schwer unter den gegenwärtigen Verhältnissen leidet, ist bekannt und erst wieder längst in die Erscheinung getreten, als im meiningischen Landtag über den Zusammenbruch einer alten eingesehnen Firma der Wollindustrie in Pöschel gesprochen wurde. Ein rheinischer Staatsrat der Regierung tat die Angelegenheit damit ab, daß der Rückgang 1. auf die Ueberproduktion zurückzuführen sei und 2. weil die Industrie nicht abwechslungsreich genug arbeite. Hierzu schreibt die „Zeitschrift für die gesamte Textil-Industrie“:

Diese Ansicht beweist, daß die Herren am Regierungstisch von der Wirklichkeit wenig unterrichtet sind. Eine Ueberproduktion besteht in gewissem Sinne und zwar nur und erst seit dem Jahre, in dem die unheilvolle Zollpolitik eingeführt wurde. In Pöschel ist es seit 10 Jahren keinem einzigen Wollwarenfabrikanten eingefallen, sich direkt durch Neubauten zu vergrößern, wohl aber haben alle Betriebe mehr oder weniger sich die neuesten Maschinen angeschafft, um vorteilhafter und billiger zu produzieren und somit auf dem Weltmarkt noch konkurrenzfähig bleiben zu können. In dieser Beziehung ist von den Fabrikanten wohl alles getan, was getan werden konnte. Die großen Lyster, die gebracht worden sind, werden freilich vergeblich bleiben, alle Mühe, aller Fleiß hilft da nichts, wenn nicht der Staat dabei etwas — ja gründlich — zu Hilfe kommt. Ein Absatz von Wollwaren nach Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Italien, Ruß-

land ist längst unterbunden, ja Italien und Belgien machen der deutschen Textilindustrie auf dem Weltmarkt die größte Konkurrenz. Vor wenigen Jahren hatte die Pöschelder Wollwarenindustrie wenigstens noch gute Absatzgebiete nach Nordamerika, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen usw., dieselben sind oder gehen noch gänzlich verloren durch die unheilvolle Zollpolitik, dadurch ist nun allerdings eine Ueberproduktion entstanden. Sind nun aber daran vielleicht die rührigen Fabrikanten und die arbeitsame Bevölkerung schuld? Die deutsche Industrie, speziell aber die Textilindustrie wird untergraben — das Huhn, das einst die goldenen Eier gelegt hat, soll abgeschlachtet werden.

Diese Kennzeichnung ist durchaus richtig und wenn heute die Fertigfabrikatindustrie noch zu arbeiten vermag, so ist das lediglich auf den Fleiß und die Umsicht ihrer Leiter zurückzuführen. Der Schwerindustrie freilich ist der gegenwärtige Zustand ganz unangenehm. Im Ausland kann sie den Preis diktieren und wenn Ueberfluß da ist, leitet man ihn zu billigeren Preisen ins Ausland ab. Wo bleiben aber die anderen?

Deutsches Reich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März.

Am Bundesratsitz Staatssekretär Dr. Delbrück und bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Verchenfeld. Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Die zweite Beratung des

Staats des Reichsamts

des Innern wird fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Präsident des 90. Geburtstags des Prinzregenten Luitpold und teilt mit, daß er namens des Reichstags ein Glückwunschtelegramm gesandt und ein Danktelegramm erhalten habe. Die Mitglieder des Hauses, darunter auch die Sozialdemokraten mit ganz wenigen Ausnahmen, haben sich von ihren Plätzen erhoben. Zu den Ausnahmen gehörten die sog. Abg. Stadt- hagen und Geel.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Unsere wirtschaftliche Lage hat sich in der letzten Zeit recht günstig gestaltet. Die russischen Anlandszölle gefährden unseren

Export nach Finnland. Mit Canada sollte ein Meißbegünstigungsvertrag angestrebt werden. Das sächsische Industriegebiet ist bei der Neuorganisation des wirtschaftlichen Ausschusses nicht berücksichtigt worden. In Brüssel hat Deutschland einen glänzenden Erfolg gehabt. Deshalb sollten wir auf der Turiner Ausstellung ebenso glänzend vertreten sein. Die bisher ausgeworfenen 120 000 Mark genügen dafür nicht. Industrie und Gewerbe verkennen keineswegs die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion. Das ist auch der Standpunkt des Hansobundes. Gegen das Petroleummonopol der Standard Oil Company müßte der deutsche Staat Stellung nehmen, indem er an die Stelle des Zwischenhandels tritt. Zu empfehlen ist unsere Resolution auf Schaffung einer aus Chemikern und Industriellen zusammengesetzten Zentralstelle zur Begutachtung von Nahrungsmitteln und auf Unterjogung der Abonnementversicherung. Die Privatbeamtenversicherung muß noch vom gegenwärtigen Reichstag verabschiedet werden.

Staatssekretär Delbrück: Die Leistungen unserer Sozialpolitik werden nicht richtig bewertet. Die Gesamtleistungen hierfür bezifferten sich im Jahre 1909 auf etwa 810 Millionen. Davon entfallen auf die Arbeitgeber 415, auf die Arbeitnehmer 343 und auf das Reich 51 Millionen. Wenn die Reichsversicherungsordnung und das Privatbeamtenversicherungsgezet zur Verabschiedung gelangen sollten, wird der Aufwand Deutschlands für die Zwecke der Sozialpolitik auf weit über eine Milliarde zu berechnen sein. Wir haben das Reichsversicherungsgezet, die Novelle zur Gewerbeordnung, das Gesetz über die Heimarbeit und die Arbeitskammer. Selbst wenn das letztere nicht erledigt werden kann, so bleibt doch ein erhebliches soziales Guthaben. Daß der Bundesrat nicht mehr so viele Verordnungen und Reglements zum Arbeiterchutz erläßt, liegt nicht an mangelndem Interesse, sondern daran, daß immer mehr Gebiete von jenen Reglements erfasst worden sind. Wenn die Tarifverträge von Rechtswegen noch nicht geregelt sind, so bedeutet das nicht ein Nachlassen unserer Aufmerksamkeit. Wir haben schon musterhaft ausgearbeitete Tarifverträge auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens. Ein Eingreifen der Regierung erscheint daher nicht richtig. Den Tarifverträgen fehlt nur noch die Vollstreckbarkeit. Für eine gesetzliche Regelung halten wir den Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der gewerbliche Mittelstand muß tüchtig gemacht werden zur Erfüllung seiner schwierigen Aufgaben. Das kann nur von den Einzelstaaten be-

Es kann viele Menschen geben, die groß wären wenn sich ein Anlaß zeigte. Die wirklich Großen aber sind die, welche selbst den Anlaß machen.
Ulrich Hegner.

Theater.

Roman von Ernst Georg.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Brandt schüttelte vernehmend das Haupt. „Vielesheiteten für unermüdliche Mädchen sind wie Gewinne in der Lotterie.“ meinte er. „Jedoch, sehen Sie sich um, Fräulein Weltner, sind nicht die weißen Ehen Rieten?“
„Ich kenne sehr viele glückliche,“ entgegnete sie herb.
„Schauen Sie nur tiefer hinein. Ueberall gibt es dunkle Punkte. Einer oder der andere muß stets resignieren oder beide Teile. Das sage ich Ihnen als verheirateter Mann.“

„Es sagen's alle, so muß man es wohl schon glauben,“ meinte Renne und blickte sich um. „Ich muß jetzt durch diese Alee gehen, sonst komme ich zu spät zum Mittagessen, Herr Brandt,“ fuhr sie fort.
Er reichte ihr die Hand: „Dann heißt es also für heute scheidet.“ sprach er in leichtem Konversationsstimm. „Achten Sie morgen bei den Organstudien bei Fräulein Kraino auf Ihr K, da gibt es noch Mängel abzustellen. Und dann gehen Sie mit der Julia weiter; aber bitte, keine eigene Auffassung mehr. Nur Shakespears, ganz nach, gar nicht modern zerfasert, gar nicht pathologisch à la Wien.“ Er lachte. „Nun, und wenn es zum Engagement kommt, dann nehmen Sie nichts an, ohne mich vorher zu befragen. Ich bin ein alter Routinier und — Ihnen ein Freund, Fräulein Weltner! Merken Sie sich das!“

Renne drückte fest seine Rechte: „Wenn ich darf, werde ich es nicht vergessen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse, Herr Brandt.“ Sie verneigte sich und schritt rasch und leicht davon.

Gedankenvoll blickte er eine Minute hinter ihr drein. „Wie wird es schwer bekommen,“ erwog er, „das ist kein

gutes Material für unsern Beruf. Aber interessante Person, hat Gedanken!“ Damit ging er seines Weges.

Renne eilte vorwärts und stürmte die vier Treppen zu ihrer Wohnung hinauf, die in einem der modernen, mit Stuckatur und klarem Schmuß- und Teppichwerk überlasteten Hause des neuen Bestens gelegen war. Festig atmend blieb sie vor der Eingangstür stehen und zog die Klingel. Ihr Bruder Paul, der Primaner war, öffnete. „Du weißt doch, daß ich pünktlich ins Gymnasium muß,“ rief er ihr entgegen, „alle warten! Aber Rücksichten können große Künstler natürlich nicht nehmen. Bitte, mach etwas hell!“

Schweigend hängte sie den Hut an den Haken, stellte ihr Schirmchen in den Ständer und folgte dem voran-eilenden Jüngling sogleich in das Speisezimmer. Die beiden Schwestern, Irma, die bereits Seminaristin, und Herta, die noch in der Schule war, machten verstimmte Gesichter und murmelten laut vor sich hin. — „Verdon, Mama,“ bat Renne, „Herr Brandt ging ein Stück Wegs mit mir, da konnte ich nicht so rasch vorwärtskommen.“ Sie neigte sich über die Mutter, deren feines, mildes und vergrämltes Gesicht noch deutliche Spuren einstiger Schönheit zeigte.

„Sez dich, Kind, und is schnell deine Suppe,“ antwortete Frau Weltner freundlich. „Paul muß fort, und Irma gibt heute der Keinen Schulenburg eine Nachhilfsstunde.“ Die kleine, vom Leben gebeugte Frau kamme aus einem ultrakonservativen und streng frommen Beamtenmilieu. Der Entschluß ihrer Kellsten, den geachteten Lehrberuf mit der Schauspielerei zu vertauschen, war für sie ein schwerer Schlag gewesen. All ihr Aufbäumen, Zürnen, Flehen und Weinen jedoch hatten die Tochter nicht umgestimmt, besonders seit ihr die Hilfe und Unterstützung ihrer Patin geworden war. Mit tiefem Schmerz hatte sie sich in das Unabänderliche gefügt, hoffte insgeheim aber immer noch auf etwas Unvorhergesehenes, das Renne diesem entsetzlichen Verufe entziehen würde! Bis das enttrat, hatte sie den sehr falschen Plan entworfen, Rennens Studium möglichst zu ignorieren und nie eine Frage darüber zu tun.

Schweigend und hastig wurde die einfache Mahlzeit verzehrt. Das knappe Gespräch drehte sich nur um Gym-

nasial- und Schulthemen. Herta hatte einen Aufsatz über „Derrmann und Dorothea“ aufbekommen und wandte sich an die heimlich angebetete älteste Schwester mit der Bitte um Rat und Hilfe. Renne sagte beides zu.

Erst kurz vor dem Aufstehen klopfte sich Frau Weltner ärgerlich gegen die Stirn. „Wald hätte ich es doch vergessen, Kind!“ sagte sie. „Denk, Tante Anna war vorhin hier und hat dich und mich morgen abend feierlich zu einem kleinen Souper um acht Uhr eingeladen.“ „Schon um acht Uhr, o weh, bis halb acht habe ich Mühe und werde kaum pünktlich sein können,“ erwiderte die Angeredete. „Was ist denn bei Hofstons vorgefallen, daß sie sich plötzlich zu einem Fest ausschwingen?“ „Dann wirst du dich eben eine halbe Stunde früher fertig machen,“ erklärte die Mutter kurz. „Du weißt, wie empfindlich Onkel ist. Ich habe Pünktlichkeit fest zugesagt. — Vorst ist auf acht Wochen nach Berlin kommandiert worden und bringt seine junge Frau mit. Sie kommen zum ersten Male nach der Hochzeit, und ihre Ankunft soll gebührend gefeiert werden! — Geseignete Mahlzeit, Kinder!“ Frau Weltner erhob sich mit einem Blick nach dem Regulator.

Paul und Irma verließen das Haus. Die Jüngste eilte an ihre Schulaufgaben. Kein Mensch beachtete Renne. Sie war tief erbläht. Ihre schön geschweiften Brauen hatten sich düster zusammengezogen. Die roten Lippen sich fest aufeinandergepreßt.

Langsam, mit schweren Schritten schob sie sich in das schmale, düstere Hinterstübchen, das ihr die Mutter eingeräumt, seitdem sie ihr Lehrerinneexamen bestanden hatte. Einzelne schöne Reproduktionen berühmter Gemälde, Gefchenke reicher Freundinnen, ein paar genial aufgebrauchte Sedenschaßs und sonstiges, geschickt verteiltes Brie a Brac machte den wenig freundlichen Raum zu einem ganz wohnlichen Jungendbühnenheim, dem ein gewisser künstlerischer, individueller Anstrich nicht fehlte. — Renne ließ sich in den tiefen, roten Korbsstuhl fallen, legte die Arme auf die Knie und stützte den Kopf in die Hände.

Ihr Herz klopfte schwer, hämmernd.

(Fortsetzung folgt.)



wird werden. Missständen im Haufierhandel und in den Wandlerlagern entgegenzutreten, sind wir bereit. Der Unabhängigmachung vom ausländischen Baumwollmarkt wird Aufmerksamkeit gewidmet. Bezüglich des Syndikatswesens werden wir Anstrengungen zu bezeugen wissen. Angeht die spezialisierten Bedürfnisse der Industrie habe ich mich entschlossen, die Zahl der Mitglieder des wirtschaftlichen Ausschusses von 36 auf 48 zu erhöhen. Bei der Vorbereitung von Handelsverträgen werden der wirtschaftliche Ausschuss und zahlreiche Sachverständige gehört. Hinsichtlich der Konkurrenzklausele denken wir einen Ausgleich zu schaffen. Bezüglich Handhabung des Vereinsgesetzes haben die Minister abgenommen. Durch die Abschaffung der kleinen Wahlbezirke will man das Wahlgeheimnis fördern, andererseits aber würde man die Wahlbeteiligung vermindern. Bezüglich der nächsten Wahlen will ich darauf aufmerksam machen, daß nur geeignete Gefäße als Urnen verwendet und überhaupt Mißbräuche unmöglich gemacht werden. Es wird alles geschehen, das Wahlgeheimnis zu sichern. Wegen Erlaß eines Theatergesetzes werde ich mich mit den Einzelstaaten in Verbindung setzen. Die Frage der Theaterzensur ist mit dieser Frage nicht zu verquiden.

Wreski (Polen): Durch die Erschwerung eigener Wohnungen auf eigener Scholle werden die Polen aus dem Lande vertrieben. Es war eine Unverschämtheit, daß ein Regierungsbeamter gesagt habe, Westfalen werde von den Polen vertrieben. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung). **Wreski (fort.):** Den polnischen Vereinen werden nicht nur die Säle abgetrieben, sondern auch die Sitzungslokale.

Riesberg (wirtsch. Egg.): Die Forderung von hohen Beiträgen zur nächsten Weltausstellung ist nicht gerechtfertigt. Die kleineren Gewerbetreibenden müssen geschützt werden.

Brühn (D. Rp.): Die Fürsorge soll nicht bloß den Arbeitern, sondern auch dem Mittelstand gelten. Die Gesetzgebung soll zu diesem Zweck auch große Mittel ergreifen, die die ruinierende Konkurrenz der Warenhäuser usw. treffen. Nachdem die Zollschutzgesetzgebung sich in erfreulicher Weise für die Landwirtschaft bewährt hat, sollten die Güterbesitzer endlich daran denken, auch die unzureichenden Löhne ihrer Arbeiter aufzubessern. Besonders gefährlich für Handel und Gewerbe ist das jüdische Kapital. Darauf wird nach 8 Uhr die Weiterberatung auf Dienstag-1 Uhr vertagt.

Berlin, 13. März. Ein im Reichstag eingebrachter sozialdemokratischer Antrag fordert die Unterstellung aller gewerblichen Vergütungen, insbesondere der bei Gewinnung und Verarbeitung von Erzerzählungen, Arsenit, Blei, Chlor, Chrom, Schwefel, Stickstoffverbindungen, Quecksilber und Phosphor vorkommenden unter die ärztliche Anmeldepflicht.

Halle (Saale, 13. März. Wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, hat der verordnete Geh. Kommerzienrat Bethke außer den der Stadt Halle bereits freiwillig hinterlassenen 1 1/2 Millionen noch in einem besonderen Nachtrag des Testaments 250 000 Mark zu Zwecken der Jugend- und Waisenfürsorge der Stadt vermacht.

Berlin, 13. März. Zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ist an Stelle des verstorbenen Staatsministers von der Rede von der Horst der Regierungspräsident Dr. jur. Prinz von Ratibor und Corvey Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst in Koblenz und zum Regierungspräsidenten in Köslin an Stelle des in den Ruhestand tretenden Freiherrn von Hund der Geheimere Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Ministerium des Innern Dr. jur. Drenz in Berlin ernannt worden.

Ausland.

Abrißungsbestrebungen im englischen Unterhaus.

Der Arbeiterpartei-Macdonald hat im englischen Unterhaus eine Resolution folgenden Inhalts beantragt:

Das Haus betrachte mit Beunruhigung das enorme Anwachsen der Ausgaben für das Heer und die Flotte während der letzten Jahre und ist der Ansicht, daß diese Ausgaben vermindert werden sollten. Macdonald wies bei der Begründung seiner Resolution auf das fortwährende Anwachsen der Ausgaben für Flotte und Heer während der letzten sechzehn Jahre hin und fragte, welcher Art die vom Ausland drohende Gefahr sei, daß sie die Fortsetzung solcher Ausgaben rechtfertige. Die englische Flotte sei härter, als der zweimächtestandart erfordere. Großbritannien sollte in der Verminde rung der Rüstungen ein Beispiel geben. Der radikale Bonsonby unterstützte die Resolution und erklärte, daß alle nicht zu rechtfertigenden Ausgaben für die Rüstungen nicht nur eine Belastung der Steuerzahler, sondern eine ernste Herausforderung an fremde Nationen seien. Gerade die Tatsache, daß trotz des Schreckens Deutschland in so freundschaftlichen Beziehungen mit England geblieben sei, beweise, daß Englands freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland tief eingewurzelt seien. Er freute sich, daß Aussicht vorhanden sei, die Beziehungen mit Deutschland auf einen besseren Fuß zu bringen. Adner nahm auf die kürzlichen Reden des Admirals v. Tirpitz und des Abg. Schröder Bezug und richtete die dringende Aufforderung an Sir Edward Grey, er möchte jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland Freundschaft zu zeigen. Der Liberale King beantragte hierauf das folgende Amendement: Das Haus bedauere das Fortbestehen der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung großer Rüstungen und würde die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung über die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen. Mc. Kenna sagte, Bonsonby hat die Bezugnahme auf Deutschland und die deutsche Flotte in dieser Debatte gemißbilligt. Ich kann ihm die Versicherung geben, daß es absolut unmöglich ist, auf an mich gestellte Fragen zu antworten oder die Politik der Admiralität zu erläutern, wenn nicht auf fremde Flotten

Bezug genommen wird. Wir haben unsere Politik nie verhält. Wir geben den Rat, Schiffe in solcher Anzahl zu bauen, daß die britische Flotte in den Stand gesetzt wird, in allen möglichen Fällen unsere Freiheit auf der Hochstraße des Ozeans zu sichern.

Paris, 13. März. Auf dem heutigen Viehmarkt von La Villette wurde ein Rückgang der Preise für Ochsen von 60 bis 80 Fres. pro Stück verzeichnet. Dies ist auf das Verbot der Einfuhr nach Baden und Bayern zurückzuführen, das infolge des Austritts der Maul- und Klauenseuche in verschiedenen Gegenden Frankreichs ergangen ist.

Newyork, 13. März. Nach einem Telegramm aus El Paso herrschen in Nordmexiko panikartige Zustände. Die Insurgenten in den Staaten Chihuahua und Sonora zerstören Eisenbahnen und Telegraphenleitungen und besetzen zahlreiche Städte, in denen sich tausende von Frauen und Kindern ohne Nahrung und in hilfloser Lage befinden. Zahlreiche Industrien stehen still.

Württemberg.

Die Landesversammlung des württembergischen Zentrums

Am Sonntag in Biberach statt. Die Beteiligung war eine starke, es wurden zwei Parallel-Versammlungen abgehalten, in denen die Abgeordneten Erzberger, Jeser, Andre und Rembold-Walen sprachen. Der Ton der ganzen Tagung war auf das Thema Religion und Politik gestimmt. Hierüber referierten auch Erzberger und Rembold-Walen. Herr Erzberger vertiefte sich zu der feststehenden Behauptung, daß der ganze Völkergedanke von vorn bis hinten antikatholisch gewesen sei, auch in Württemberg sei die Verfassungsrevision lediglich gemacht worden, um die katholische Mehrheit der Ersten Kammer zu vernichten. Herr Rembold schlug in dieselbe Scharte. Er meinte, im württembergischen Landtag habe sich die Abneigung gegen den Katholizismus bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gezeigt. Wie unangenehm der vollsparteiliche Abgeordnete Hauptmann dem Zentrum ist, bewies Herr Rembold wieder einmal dadurch, daß er sich nicht scheute, seinem Kollegen konfessionelle Verheugung vorzuwerfen. Im übrigen wandte sich der Redner besonders auch gegen die Sozialdemokratie und prophezeite, daß das katholische Volk Württembergs die Antwort besser geben werde, als ein Teil der Wähler im Wahlkreis Rempten-Immenstadt. Ueber die Wirtschaftspolitik des Zentrums sprachen die Abgeordneten Jeser und Andre. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der letztere die bekannten Äußerungen des Ministerpräsidenten Weizsäcker und des Finanzministers von Gessler im Landtage über die Reichsfinanzreform und ihre Einwirkung auf die württembergischen Finanzverhältnisse gehörig ausschaltete. Angenehm mag es dem verantwortlichen Leiter der württembergischen Regierung zu nicht sein, auch in Zukunft dem Zentrum als Kronzeuge dienen zu müssen, aber vielleicht veranlaßt ihn das, in Zukunft seine Worte, sofern sie in den Streit der Partei eingreifen, etwas vorsichtiger abzuwägen.

Der Ulmer Reichstagswahlkreis. Der Mitteilung über die Auffstellung der nationalliberalen Kandidatur beim im Ulmer Reichstagswahlkreis fügt der „Vorbacher“ kurz aber treffend bei: „Jetzt kann sich in Ulm das Schauspiel von Gießen-Ridda wiederholen“. Die demokratische „Ulmer Zeitung“ enthält sich zunächst jeden Kommentars. Dagegen schreibt sie zu der Erklärung der Leitung der nationalliberalen Gesamtpartei in Stuttgart unter anderem: „Diese Antwort trägt den Charakter einer entschiedenen Stellungnahme gegen die Tübinger Sörenfriede. Was mit der Antwort erreicht werden soll, ist die strenge Einhaltung des Abkommens. Wir auf vollsparteilicher Seite können diese Stellungnahme nur begrüßen. Bezüglich des Vorwurfs, daß Mißstimmung erregende Äußerungen in der vollsparteilichen Presse des 14. Wahlkreises erschienen seien, haben wir daran zu erinnern, daß, wenn derartige Äußerungen erschienen sind, dieselben nur von deutschsparteilicher Seite begangen und weiter verbreitet wurden.“

Stuttgart, 13. März. Die katholisch-theologische Fakultät der Tübinger Universität hat, wie das Deutsche Volksblatt meldet, unter dem 20. Februar dem Bischof von Rottenburg und durch seine Vermittlung dem Igl. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens die Erklärung zugestellt, daß sie dem Papste für die Befreiung vom Eide dankbar sei und die Versicherung abgibt, auf dem Boden der kirchlichen Lehre zu stehen und den Modernismus gänzlich abzulehnen, in gleicher Treue gegen Kirche und Staat. Ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an den Bischof vom 28. Februar gibt der Freude des Papstes über diese Erklärung Ausdruck.

Stuttgart, 13. März. Die Feier des 50-jährigen Bestehens der Landesproduktionsbörse zu Stuttgart wurde heute Mittag eingeleitet mit der im Stadtpark abgehaltenen Generalversammlung, zu der als Vertreter der Regierung der Präsident der Zentralkasse für Gewerbe und Handel, Staatsrat v. Mosthaf, und der Präsident der Zentralkasse für die Landwirtschaft, Regierungsdirektor v. Sting, als Vertreter der Stuttgarter Handelskammer deren Vorsitzender, Geh. Komm.-Rat Schiedmayer und Geh. Komm.-Rat v. Widenmann erschienen waren. Ferner war in der Versammlung der Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, v. Strebel, zu bemerken. Der vom König zum Kommerzienrat ernannte Vorstand der Landesproduktionsbörse Bankier F. Stuber begrüßte die Erschienenen und hieß besonders die Ehrengäste herzlich willkommen. In Anlehnung an die herausgegebene Festschrift gab Redner in großen Zügen ein geschichtliches Bild der Entwicklung der Landesproduktionsbörse bis auf die heutige Zeit. Staatsrat v. Mosthaf brachte die Glück-

wünsche der Regierung, Geh. Komm.-Rat Schiedmayer verlas ein Glückwunschsreiben der Handelskammer und beglückwünschte den Komm.-Rat Stuber und die Gäste zu der ihr gewordenen Auszeichnung. Der Vorsitzende Komm.-Rat Stuber teilte sodann mit, daß Oekonomierat Mayer-Geisbrunn, Karl Schiedt in Neckarrens, Landtagsabg. Schmid-Großingersheim, Privatier Lehrenkrauß und L. Stein-Geisbrunn zu Ehrenmitgliedern ernannt worden seien. Nachdem Landtagsabgeordneter Schmid und Privatier Lehrenkrauß im Namen der neuernannten Ehrenmitgliedern gebaukt hatten, erstattete der Sekretär Landtagsabg. Hüller den Hofberichter. Nachdem die Ergänzungswahlen vorgenommen waren, wurde die Generalversammlung geschlossen. Um 2 Uhr fand in dem festlich geschmückten großen Stadtpark das Festessen statt, an dem sich auch sämtliche Ehrengäste beteiligten.

Stuttgart, 13. März. In der städtischen Etzkommission beantragten bei der Etatberatung die Sozialdemokraten die Biersteuer aufzuheben, vor der Aufhebung aber mit den Bierbrauereien wegen Festsetzung des Bierpreises zu verhandeln. Der Antrag wurde abgelehnt. Ferner soll wegen Vereinfachung der Vorschriften über die Feuerbestattung eine Eingabe an die Regierung gerichtet werden. Angeregt wurde, gegen die im Entwurf des neuen Sportelgesetzes vorgesehene Sportpflicht für Feuerbestattungen eine Stellungnahme der württembergischen Städtetages zu veranlassen.

Stuttgart, 13. März. Der Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein hat an die Landstände eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Erhöhung der Umsatztsteuer in Württemberg wendet. In der Eingabe heißt es u. a.: Bei Annahme des Regierungsentwurfes würde sich die Umsatzsteuer auf rund 3 Proz. der Kaufsumme belaufen. Daneben ist zu entrichten die neu eingeführte Wertzuwachssteuer. Auch auf sie können die Gemeinden noch besondere Zuschläge erheben. Das Gesamtergebnis bedeutet eine geradezu ungeheuerliche Belastung jeden Besitzwechsels, denn statt des versprochenen Wegfalls der Reichsgrundbesitzabgabe wird diese vollständig weiter und mit erhoben. Die sich ergebende heutige Gesamtbelastung eines Besitzwechsels in Grund und Gebäuden muß künftig geradezu verlauferschwerend und verkaufshemmend wirken. Verkäufer und Käufer müssen künftig eine Summe für Steuern stiftig machen, die bisher häufig als Angeld zum Erwerb eines mittleren Anwesens genügt hätte. Die Eingabe bittet an Stelle der Umsatzsteuererhöhung auf den Ausbau der Einkommensteuer hinzuwirken.

Stuttgart, 13. März. Nach längeren Verhandlungen zwischen der Leitung des Verbands der Kaufmännischen Vereine Württembergs und dem Besitzer des Bades Ueberlingen, Geh. Kommerzienrat Hägele-Geislingen, ist jetzt ein Vertrag über Umwandlung des Mineralbades Ueberlingen in ein Ferienheim der Kaufmännischen Vereine Württembergs abgeschlossen worden. Hiernach geht das Badehotel vom 1. April ds. Js. in die Pacht des genannten Verbands über, dem auch gleichzeitig das Vorkaufrecht eingeräumt worden ist. Der Verband des Ueberlinger Bades verbleibt in den Händen der Ueberlinger Brannenverwaltung. Der Wirtschaftsbetrieb wird in der bisherigen Weise fortgeführt, die Wirtschaftsräumlichkeiten stehen nach wie vor jedermann offen. Der Verband der Kaufmännischen Vereine bietet mit der Uebernahme des Badhotels Ueberlingen seinen 6000 Mitgliedern ein prächtig gelegenes und gut ausgestattetes Ferien- und Erholungsheim; insgesamt stehen ca. 90 Betten in demselben zur Verfügung. Die Pensionspreise werden sehr mäßig gehalten sein, sodann an einem starken Besuch des Bades durch die Mitglieder der Kaufmännischen Vereine des Landes nicht zu zweifeln ist. Mit diesem Schritt fördert der Verband der württ. Kaufmännischen Vereine auch gleichzeitig die auf die Gründung von Ferien- und Erholungsheimen für kaufmännische Angestellte abzielenden anerkanntswerten Bestrebungen.

Stuttgart, 13. März. Der Allgemeine Deutsche Versicherungsverein und die Stuttgarter Mit- und Rückversicherungsallianzgesellschaft hat an den Landtag eine Eingabe um Abänderung des Entwurfs betr. Änderung des Sportelgesetzes gerichtet, soweit es sich um die Versicherungsverträge handelt. Die Eingabe bittet, keinen Tarif anzunehmen, der eine höhere Belastung bringt als dies nach den preussischen oder den bayerischen Bestimmungen der Fall wäre. Außerdem wird die Regierung ersucht, mit aller Energie auf das Zustandekommen eines deutschen Versicherungsstempelsteuergesetzes hinzuwirken.

Heidenheim, 13. März. Die diesjährige Tätigkeit wird sehr lebhaft werden. Die Maschinenfabrik J. M. Voith erweitert ihren Betrieb wesentlich, die Bandstofffabrik von Paul Hartmann erstellt ein Verwaltungsgebäude, die württ. Vereinsbank ein großes Bankhaus. Die württ. Kattunmanufaktur und die Gemeinnützige Berggesellschaft vergrößern ihre Arbeiterkolonien. Zwischen hier und dem Vorort Schnaitheim werden gegenwärtig die Gasleitungsarbeiten ausgeführt. Außerdem werden zahlreiche Privatgebäude erstellt, sodann es nicht an Arbeitsgelegenheit fehlt.

Nab und Fern.

Auf keine Stadtpolizeiamt in Stuttgart wurden vier kleine Kinder eingeliefert, die ihren Eltern in Beinflein O.A. Waiblingen entlaufen waren. Die Eltern der Kinder suchten sie unter größter Angst auf den Feldern. Wie die vier Kleinen hieher gelangt sind, ist noch nicht aufgeklärt.

In Großlattbach O.A. Waiblingen a. G. wurde von einem mit Rekruten besetzten Wagen das Mädchen des Wilhelm Buß überfahren, wobei es schwer verletzt wurde.

In einer Steingrube bei Eisingen O.A. Rottweil waren drei Arbeiter beschäftigt, als sich eine Tanne infolge des Sturmes löste. Einer der Arbeiter, Vater von vier Kindern, wurde von der Tanne erschlagen. Ein zweites